

JAHRESVORSCHAU DES BMSG 2005
AUF DER GRUNDLAGE DES
ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION
SOWIE
DES OPERATIVEN JAHRESPROGRAMMS DES RATES

A) ARBEITSPROGRAMM DER KOMMISSION

1) Verfahren:

Die Kommission hat ihr Arbeitsprogramm für 2005 am 26.1.2005 vorgelegt (KOM(2005) 15 final).

2) Aufbau des Arbeitsprogramms der EK für 2005

Das Programm besteht aus einer 12-seitigen Mitteilung, in der die Prioritäten der Kommission zusammengefasst werden und 3 Anhängen.

Anhang 1: Im Rahmen des Arbeitsprogramms zur Annahme vorgesehene Vorschläge.

Anhang 2: Vorschläge, die dem Gesetzgeber zur Verabschiedung vorliegen.

Anhang 3: Vereinfachung.

3) Prioritäten für 2005 im Ressortbereich

Das Programm sieht 4 Prioritäten vor: Wohlstand, Solidarität, Sicherheit und außenpolitische Verantwortung. Der Zuständigkeitsbereich des BMSG ist von den Bereichen Solidarität und Sicherheit (im Zusammenhang mit dem Konsumentenschutz) berührt.

Solidarität

Es werden folgende Ziele angeführt:

- Hervorhebung der sozialen Dimension durch eine neue sozialpolitische Agenda;
- Bekämpfung von Diskriminierungen und Förderung der Gleichstellung der Geschlechter;
- Diskussion der Frage, wie sich die Problematik der alternden Gesellschaft in der EU bewältigen lässt;
- Durch zielgerichtete Aktionen für Jugendliche können die vielfältigen Interessen dieser Gruppe aufgegriffen werden.

Sicherheit

- Die Verbraucher müssen ausreichend geschützt (zB. Lebensmittelsicherheit) und angemessen informiert werden.

4) Legislativvorhaben (Annex 1)

Im Zuständigkeitsbereich des Ressorts werden folgende Initiativen angeführt:

Mitteilung der Kommission zur Jugendpolitik

Es soll eine umfassende Jugendpolitik entwickelt werden, in der verschiedene Politikbereiche, die sich auf die Jugend auswirken (Soziales, Gesundheit, Mobilität, Bildung etc.) zusammengeführt werden. Ein Vorschlag in diesem Zusammenhang ist der Europäische Jugendpakt (der von den Staats- und Regierungschefs von Frankreich, Schweden, Spanien und Deutschland im Herbst 2004 vorgeschlagen wurde).

Grünbuch zur demographischen Entwicklung

Das Grünbuch soll die Auswirkungen der Bevölkerungsalterung analysieren und nach Mechanismen suchen, wie die Solidarität zwischen den Generationen und der soziale Zusammenhalt in der EU garantiert werden können.

Mitteilung der Kommission zur sozialpolitischen Agenda 2006-2010

Das Dokument soll die Schlüsselinitiativen für die nächsten 5 Jahre zur Erreichung der sozialen Ziele der Union im Kontext der Lissabon-Strategie darstellen.

Mitteilung über ein neues Programm zu Gesundheit und Konsumentenschutz

Nach dem Auslaufen der Verbraucherpolitischen Strategie im Jahr 2006 soll ein neues, mit Gesundheit kombiniertes Instrument vorgesehen werden (gemeinsame Zuständigkeit mit dem BMGF).

5) Vorschläge, die dem Gesetzgeber zur Verabschiedung vorliegen (Anhang 2)

Im Zuständigkeitsbereich des Ressorts werden folgende Initiativen angeführt:

- **Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der Entscheidung 2001/51/EG des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft betreffend die Gemeinschaftsstrategie für die Gleichstellung von Frauen und Männern sowie des Beschlusses 848/2004/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über ein Aktionsprogramm der Gemeinschaft zur Förderung von Organisationen, die auf europäischer Ebene für die Gleichstellung von Männern und Frauen tätig sind (2004/194/COD) (gemeinsame Zuständigkeit mit dem BMGF)**

Ziel:

Die beiden Ende 2005 auslaufenden Programme sollen um ein Jahr verlängert werden, damit keine Lücke entsteht bis das Nachfolgeprogramm „Progress“ in Kraft tritt.

Stand:

Der Rat erzielte am 7.12.2004 eine allgemeine Ausrichtung. Die erste Lesung des Europäischen Parlaments steht noch aus.

Österreichische Haltung:

Die Verlängerung wird von Österreich unterstützt.

- **Vorschlag für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates zur Harmonisierung der Rechts- und Verwaltungsvorschriften der Mitgliedstaaten über den Verbraucherkredit (2002/0222/COD) (gemeinsame Zuständigkeit von BMJ, BMF, BMWA und BMSG – Koordination durch BMSG)**

Ziel:

Der Vorschlag bezieht sich auf Verbraucherkreditverträge und Sicherungsverträge (Interzessionen, Bürgschaften). Er enthält Informationsvorschriften vor der Vertragserklärung und verpflichtende Inhalte des Vertrags betreffend, das Prinzip der verantwortungsvollen Kreditvergabe auf Basis der Informationen des Kreditwerbers und einer Datenbankabfrage, gegenseitigen Datenaustausch zwischen den Kreditgebern der Mitgliedstaaten, ein Rücktrittsrecht, Bestimmungen zur Berechnung des Effektivzinssatzes, zur vorzeitigen Rückzahlung, zu Überziehungskrediten und zu Kreditvermittlern.

Stand:

Eine konsolidierte Fassung des geänderten Kommissionsvorschlags wird für März 2005 erwartet.

Österreichische Haltung:

Die konsolidierte Fassung des Kommissionsvorschlags wird abgewartet.

- **Vorschlag für eine Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Einrichtung des Programms „Jugend in Aktion“ 2007-2013 (2004/0152/COD)**

Ziel:

Das Ziel des Programms „JUGEND IN AKTION“ ist der Ausbau der Politik der Zusammenarbeit im Jugendbereich in der Europäischen Union.

Stand:

Beim Rat „Bildung, Kultur und Jugend“ am 15./16. November 2004 hat der Vorsitz einen kurzen Fortschrittsbericht über die bisherigen Beratungen zum neuen Jugendprogramm präsentiert. Für den Rat im Mai 2005 ist eine allgemeine Ausrichtung geplant.

Österreichische Haltung:

Österreich unterstützt die Verabschiedung eines neuen Jugendprogramms.

B) OPERATIVES JAHRESPROGRAMM DES RATES

1) Verfahren

Das Jahresprogramm des Rates für 2005 wurde von Luxemburg und dem Vereinigten Königreich am 22.12.2004 vorgelegt.

2) Inhalt des operativen Jahresprogramms 2005 im Ressortbereich

Im Kapitel „Die Lissabon-Agenda“ sind die für das BMSG relevanten Vorhaben beschrieben.

Horizontal

- Weitere Fortschritte in der Lissabon-Strategie auf der Basis der Abstimmung von Wirtschafts-, Sozial- und Umweltpolitik einschließlich einer Halbzeitüberprüfung und allfälliger Korrekturen

Sozialpolitik

- Erste Überlegungen über die Erneuerung der sozialpolitischen Agenda;
- Annahme des ersten Jahresberichts des Rates und der Kommission zum Sozialschutz und sozialen Eingliederung;
- Prüfung der Durchführungsverordnung und des Anhang XI zur VO 883/04 zur Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit;
- Prüfung der technischen Änderungen 2004 zur VO 1408/71 zur Koordination der Systeme der sozialen Sicherheit;

Jugend

- Annahme des Programms „Jugend in Aktion“ 2007 –2013

Konsumentenschutz

- Fortführung der Arbeiten zur Richtlinie Verbraucherkredit,
- Unterstützung der Kommission bei der Vereinfachung der Gesetze im Bereich des Verbraucherschutzes.

Wichtige Daten 2005:

Tagungen des Rates „Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz“ sind für folgende Termine vorgesehen:

3. März 2005
2./3. Juni 2005
3./4. November 2005
8./9. Dezember 2005

Tagungen des Rates „Bildung, Jugend und Kultur“:

21. Februar 2005
23./24. Mai 2005
14./15. November 2005